



Schluss mit der schleichenden Militarisierung unserer Gesellschaft - für ein ziviles Deutschland

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist geregelt, dass die Bundeswehr zur Verteidigung der Bundesrepublik und in einem festgelegten Rahmen zur Bündnisverteidigung eingesetzt werden kann. Durch das Bundesverfassungsgericht ist eine Vorgabe für militärische Einsätze außerhalb der Bundesrepublik erfolgt. Im Rahmen von Amtshilfe kann die Bundeswehr außerhalb eines Spannungsfalles innerhalb der Bundesrepublik bei Naturkatastrophen zur Unterstützung eingesetzt werden, dann aber unter Federführung der zivilen Einsatzleiter vor Ort. (Siehe Grundgesetz Art. 87a, Art. 35 u.a.)

Seit der Flutkatastrophe 1962 in Norddeutschland wird die Bundeswehr zunehmend bei Naturkatastrophen zur Unterstützung hinzugezogen, so z.B. bei dem Elbehochwasser 2002 oder der Unwetterflut im Ahrtal in diesem Jahr. Ergänzend wird seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 immer wieder die Diskussion über weitergehende Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr innerhalb Deutschlands geführt. So wird mittlerweile schon über Hilfseinsätze bei sportlichen Großereignissen wie Europa- und Weltmeisterschaften zur Unterstützung der Polizei gesprochen. Im Rahmen der Corona-Krise ist es in der letzten Zeit zu Einsätzen von BundeswehrsoldatInnen in Gesundheitsämtern gekommen um die Kontaktverfolgung durchzuführen. BundeswehrsoldatInnen wurden und werden zur Unterstützung des Gesundheits- und Pflegepersonals in Altenheimen und Krankenhäusern eingesetzt. Ganz aktuell ist jetzt ein Generalmajor der Bundeswehr als Leiter des Bund-Länder-Krisenstabes im Bundeskanzleramt eingesetzt worden, um die schleppende Impfkampagne zum Brechen der 4. Corona-Welle zu koordinieren.

Th. Müller von der Osnabrücker Friedensbewegung OFRI führt hierzu aus: „Es ist schon skurril, dass die Öffentliche Hand kaputt gespart wird und Einrichtungen der Daseinsvorsorge privatisiert und somit dem Gewinnstreben unterworfen werden. Dann in schwierigen Situationen, wenn sich zeigt, wie eng durch Einsparungen die Personaldecke mittlerweile geworden ist, wird die Bundeswehr als „Retter in der Not“ im Inland eingesetzt und hochgejubelt. Statt jedes Jahr -zig Milliarden Euro im Rahmen des Militärhaushaltes in die Bundeswehr zu pumpen, sollte dieses Geld besser für eine ausreichende, umfassende Ausstattung der zivilen Schutz- und Hilfsbereiche sowie der Öffentlichen Hand ausgegeben werden. Hierzu gehört auch, einen ausreichend großen, kompetenten und materiell für Notfälle ausgestatteten Katastrophenschutz im Rahmen von zivilen Strukturen, wie dem Technischen Hilfswerk etc. weiter zu entwickeln und vorzuhalten.“

W. Buck, ebenfalls von der OFRI ergänzt: „Unter dem Mäntelchen von humanitären Aktivitäten soll verdeckt werden, dass die Bundeswehr eine militärische Organisation ist und mittlerweile zur Kriegsführung weltweit eingesetzt wird. Weiterhin soll die gesellschaftliche Akzeptanz für milliardenschwere Aufrüstungsvorhaben in der Luftwaffe und Marine, die finanzielle Ressourcen über Jahrzehnte binden, erreicht werden. Zu dieser Kaschierungstaktik gehören z.B. auch die Charity-Einsätze des Musikkorps der Bundeswehr für den Kinderschutzbund, wie hier in Osnabrück vor einigen Jahren geschehen. Kann es sein, dass wer für „arme Kinder musiziert“, gleichzeitig atomare Kapazitäten ausbaut und die Erstschlagdrohung der Nato festschreibt? Genau das ist aktuell der Fall. Für den Atombombenstandort Büchel sollen neue Atombomber angeschafft werden und die Nato hält weiterhin ihre Androhung eines atomaren Erstschlages aufrecht.“

Die Osnabrücker Friedensinitiative OFRI fordert den sofortigen und konsequenten Aufbau und die Unterhaltung von ausreichenden zivilen Strukturen, um betroffenen Menschen bei Klimakatastrophen und Unglücksfällen zu helfen und um eine gesellschaftliche Resilienz gegenüber Notfällen zu erreichen. Statt die Rüstungsausgaben fortwährend zu erhöhen – bis hin zu den geforderten 2% des Bruttoinlandsprodukts – soll die zivile Daseinsvorsorge mit ausreichend personellen und materiellen Mitteln ausgestattet werden. Ebenfalls muss für eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen etc. gesorgt werden und deren Personal muss angemessen ausgebildet und bezahlt werden. Eine Gesellschaft, die die Bundeswehr „als Retter in der Not“ benötigt, ist für Krisenfälle schlecht aufgestellt. Dies gilt nicht nur für den inneren sondern auch für den äußeren Krisenfall.